

Pressespiegel



Bruchsal

BNN Bruchsal	<input type="radio"/>	Pforzheimer Zeitung	<input type="radio"/>
BNN Bretten	<input type="radio"/>	Mühlacker Tageblatt	<input type="radio"/>
BNN Kreisseite	<input type="radio"/>	Handelsblatt	<input type="radio"/>
Brettener Woche	<input type="radio"/>	IHK	<input type="radio"/>
Kurier	<input type="radio"/>	Wochenblatt	<input type="radio"/>
www.ka-news.de	<input checked="" type="radio"/>	www.bruchsal-xl.de	<input type="radio"/>
www.bruchsal-net.de	<input type="radio"/>	www.Landfunke.de	<input type="radio"/>
www.bruchsal.org.de	<input type="radio"/>	Amtsblatt Stadt Bruchsal	<input type="radio"/>
Bruchsaler Woche	<input type="radio"/>	www.bak-bretten.de	<input type="radio"/>
		Pforzheimer Rundschau	<input type="radio"/>

Datum: 29. Juli 2011

Gegen Missbrauch von Leiharbeit: 5.550 Unterschriften in Bruchsal übergeben

Bruchsal (ps) - Die IG Metall Bruchsal hat den CDU-Bundestagsabgeordneten Olav Gutting und Axel Fischer über 5.550 Unterschriften gegen den Missbrauch von Leiharbeit übergeben. Zum Meinungsaustausch zwischen Politik und Arbeitnehmervertretern trafen sich die beiden Abgeordneten jetzt mit Betriebsratsvorsitzenden der IG Metall Bruchsal.



Foto: IG Metall Bruchsal

In Deutschland nähert sich die Zahl der Zeitarbeiter der Millionengrenze. Auch wenn der prozentuale Anteil an den Beschäftigungsverhältnissen im Bereich Bruchsal lediglich zirka 3,3 Prozent ausmacht, sehen die Betriebsräte und die IG Metall in Bruchsal dringenden Handlungsbedarf.

Insbesondere in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie ist der Anteil der in Leiharbeit Beschäftigten häufig über der zehn Prozent-Marke. "Bei einem Unternehmen in Bruchsal sind über 500 Leiharbeiter im Einsatz. Der so einsetzenden Spaltung innerhalb der Betriebsbelegschaft muss Einhalt geboten werden", machten die Gewerkschafter Gutting und Fischer mit zahlreichen Beispielen aus der betrieblichen Praxis deutlich.

Kein weiteres Lohndumping

Die anwesenden Betriebsräte stellten fest, dass die Verweildauer von Leiharbeitnehmern in einem Betrieb an einem Arbeitsplatz vereinzelt schon sieben bis acht Jahre bei deutlich schlechterer Bezahlung erreicht habe. Einig waren sich Politik und Gewerkschaft, dass Missbrauch im Bereich der Leiharbeit gestoppt werden müsse. Die beiden Christdemokraten verwiesen hierbei beispielsweise auf die letzte Regulierungsmaßnahme der Bundesregierung, mit der das so genannte Drehtürmodell, bei dem regulären Stamm-Arbeitnehmern erst gekündigt wird, um sie anschließend als minderbezahlte Leiharbeiter wieder einzustellen, verboten worden sei. Die Betriebsräte sehen einen ersten Schritt in diese Richtung als getan.

"Mit der Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes im Frühjahr dieses Jahres wurden seitens der Regierungskoalition neue Kontrollinstrumente im Bundestag verabschiedet. Mit dieser Gesetzesnovellierung wurde weiter Vorsorge getroffen, dass es nach Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für osteuropäische Arbeitnehmer nicht zum weiteren Lohndumping kommt", teilt die IG Metall Bruchsal mit. Keinen Konsens konnten die Beteiligten beim Thema "Equal Pay" erzielen. Während die Vertreter der IG Metall den Grundsatz gleicher Lohn mit Beginn der Beschäftigung fordern, hielten Gutting und Fischer eine unterschiedliche Bezahlung während der Einarbeitungszeit durchaus für sinnvoll.

5.550 Unterschriften

Die Betriebsräte argumentierten, dass dies bereits bei der Entlohnung tariflich berücksichtigt werde. Beide Bundestagsabgeordnete wollen sich dafür einsetzen, dass gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit spätestens nach sechsmonatiger Betriebszugehörigkeit angestrebt wird. Die Abgeordneten wiesen darauf hin, dass "ein nicht geringer Teil des derzeitigen Wirtschaftswachstums ohne das Modell der Zeitarbeit nicht zustande gekommen wäre".

Eberhard Schneider, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Bruchsal, befürchtete, dass die niedrigen Entgelte massive Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme haben könnte, und die Altersarmut vorprogrammiert sei. Schneider: "Es geht nicht nur um die Situation der Menschen jetzt, sondern auch um deren Rente und um den Erhalt des gesamten Sozialsystems".

Zum Abschluss des Gesprächs überreichte der Bevollmächtigte der IG Metall Bruchsal Gutting und Fischer eine Unterschriftenliste mit über 5.550 Unterschriften aus einem Aufruf "Arbeit sicher, aber fair", der sich gegen Leiharbeit, Befristungen und Werkverträge richtet und die entsprechenden Rahmenbedingungen für Arbeit fordert.